

FH-Juristen nicht zu stoppen

Trotz heftiger Anwürfe seitens der Juristen aus Universitäten und Berufsverbänden wollen die Fachhochschulen weiterhin den Aufbau des Studienganges Wirtschaftsjura betreiben.

Von Angela Lindner

Auch wenn der Emdener Oberbürgermeister das anders sah – daß so viele Fachhochschulrektoren wie sonst selten ausgerechnet in den nordwestlichsten (und regnerischsten) Zipfel Deutschlands kamen und das auch noch Ende April, lag weniger an den kulturellen und landschaftlichen Qualitäten seiner Stadt. Vielmehr lockte wohl das aktuelle Thema der 47. FRK-Plenarversammlung: Erweiterung des Fächerspektrums im Rahmen des Ausbaus der Fachhochschulen. In der Podiumsdiskussion wurde das Thema dann präzisiert anhand der momentan in Juristenkreisen leidenschaftlich bekämpften Pläne der FH, Wirtschaftsjuristen auszubilden.

Die Anreise lohnte sich. Nicht nur war die Tagung von der heimischen Fachhochschule Ostfriesland bestens organisiert; auch die Podiumsteilnehmer waren klug ausgewählt und in der Stimmung für eine kämpferische Auseinandersetzung. Auffälligstes Merkmal der Veranstaltung war die große Gelassenheit und Heiterkeit, mit der die anwesenden FH-Rektoren auf die teilweise unter die Gürtellinie gehenden Anwürfe des Universitätenvertreters Professor Manfred Lieb reagierten.

Unterstützung von Politikerseite war ihnen in Niedersachsen natürlich sicher. Wissenschaftsministerin Helga Schuchardt präsentierte sich in Emden ganz auf FH-Linie: Es ginge bei den Plänen der FH nicht um die Ausbildung zum Richteramt, eine Konkurrenz sei also gar nicht gewollt. Andererseits hätten sich die Universitäten als zu unflexibel erwiesen, Fächer zu verknüpfen und einen neuen Studiengang Wirtschaftsjura zu entwickeln, obwohl die Nachfrage aus der Wirtschaft

unüberhörbar sei. Wettbewerb sei zudem nötig, und deshalb dürfe auch „kein Fach für die Fachhochschulen tabu sein“. Durch ihre seriöse Arbeit, so streichelte Schuchardt schließlich die Seelen ihrer Zuhörer, hätten die Fachhochschulen in Parlamenten und Regionen inzwischen eine große Lobby gefunden.

Etwas distanzierter gab sich Hans Uwe Erichsen, der HRK-Vorsitzende. Nicht Konvergenz, sondern horizontale Divergenz müsse angestrebt werden, die Fachhochschulen müßten sich wie die Universitäten an ihre Profile halten. Bei der Auswahl neuer Fächer, sprach Erichsen verklausuliert das Tagungsthema an, müsse nicht nur auf den Arbeitsmarkt gesehen werden, sondern auch, ob für die Lehrstühle geeignete Bewerber zur Verfügung stehen. Immerhin stünden für alle immer weniger Finanzen zur Verfügung. Zum Schluß dann offenbar eher eine Botschaft an die Universitäten, die den FH-Rektoren gut getan haben wird. Erichsen forderte mehr Bereitschaft, „Bewährtes in Frage zu stellen“.

Kalte Dusche von den Universitäten

Die kalte Dusche kam dann am Nachmittag in Gestalt des Vertreters des Juristen-Fakultätentages und Kölner Ordinarius Manfred Lieb. Doch ähnlich wie das eiskalte Wasserbad nach einem Saunagang, führten auch Liebs allzu extreme Ansichten offenbar eher zum Wohlbefinden der Anwesenden – jedenfalls ist wohl selten auf einer FRK-Versammlung so viel gelacht worden. Daß Lieb die Contenance behielt, trug ihm als Mensch den Respekt der FH-Rektoren ein, in der Sache waren sie ungläubig-schockiert. Die Fakultätentage stehen den Plänen der FH, Wirtschaftsjuristen auszubilden „strikt ablehnend gegenüber, unterstützt von allen Justizministern und Fachverbänden“. Mit diesem Einstieg stellte Lieb seine Kampfbereitschaft und Kompromißlosigkeit unzweifelhaft unter Beweis. An Offenheit jedenfalls blieb er den FH-Rektoren nichts schuldig, und er garnierte seine Argumente stets gekonnt mit einem wohlgesetzten Tiefschlag. Seine Kritikpunkte: Der Fächerkanon, etwa an der FH Niedersachsen, sei viel zu umfassend für ein FH-Studium, „wer sich das zutraut, geht nicht auf die FH“. Man hätte zudem prüfen müssen, welcher Studententypus „auf zwei universitäre Staatsexamen verzichten würde“, um daraufhin den Studiengang zu planen. Weiterhin fehle eine umfassende Analyse des Bedarfs in der Wirtschaft. „Die Beweis-

last liegt da bei Ihnen“, schlußfolgerte der Kölner ohne einen Anflug von Selbstkritik.

Fünfzig Studienplätze in Lüneburg brächten schließlich keine Entlastung für die überfüllten Universitäten, stattdessen würden die „verwegenen Pläne“ 15 Professuren vorsehen und damit die finanzielle Not an den Universitäten noch verschärfen. „Wir sitzen in einem Boot“, gab Lieb schließlich die einzig logische Erklärung für die teilweise hysterisch erscheinenden Reaktionen der Juristen bezüglich der FH-Pläne: „Wenn in Ihren Bereich investiert wird, dann geht das zu Lasten von uns.“

Anwälte kompromißbereit

Daß die kompromißlose Haltung von Lieb und seinen Mitstreitern nicht für alle Juristen gilt, zeigten die kritischen aber zugleich konstruktiven Äußerungen des Vertreters der Bundesanwaltschaft, Axel Adamietz. Der Bremer Anwalt fand, daß die Pläne der Fachhochschulen „als Pfahl im Fleisch der Universitätsausbildung nicht schlecht“ seien. „Machen, ja“, sagte Adamietz, aber vorerst nur als Modell. Und er warnte vor Etikettenschwindel bei der Bezeichnung Wirtschaftsjurist, weil damit bislang eine Doppelqualifikation gemeint sei, nicht aber die von den FH ganz richtig erkannte Nische in den Unternehmen. Er schlug den Namen „Wirtschaftsmanager“ vor und meinte, dann könnten die Anwälte die Pläne „positiv unterstützen“. Insgesamt zeigte die Diskussion, wie viele Bedenken der Juristen durch Information über die tatsächlichen Absichten der FH ausgeräumt werden können – zumindest bei denen, die an einer Erhellung der Situation interessiert sind.

Die Diskussion um die Ausbildung der Juristen an Fachhochschulen könnte der erste große Prüfstein der neu strukturierten HRK sein. An diesem Thema wird sich zeigen, wie ernst man es mit der Idee von der Andersartigkeit aber Gleichwertigkeit von Universitäten und Fachhochschulen meint, sobald Handeln gefragt ist. Auch wenn die beiden so verschiedenen Männer an der Spitze von HRK und FRK wohl kaum herzliche Freunde werden, so pflegen sie doch ein respektvolles Miteinander. Das ist vielleicht die vielversprechendste Grundlage dafür, daß auch die von ihnen vertretenen Gruppen zu einem würdigen und konstruktiven Umgang finden können.